

N i e d e r s c h r i f t

HFA/026/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 13.02.2007**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Marianne Helmes	CDU	1. stellv. Bürgermeisterin
----------------------	-----	----------------------------

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD
Herr Horst Dewenter	CDU
Herr Alfred Holtel	FDP
Frau Monika Lulay	CDU
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU
Herr Josef Niehues	CDU
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Roscher	SPD
Herr Günter Thum	SPD
Herr Falk Toczkowski	SPD
Herr Anton van Wanrooy	CDU
Herr Josef Wilp	CDU

Vertreter:

Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Siegfried Mau
Herr Johannes Havers	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
Herr Frank Hemelt	SPD	Vertretung für Frau Ellen Knoop
Herr Ludger Winnemöller	CDU	Vertretung für Herrn Christian Kaisal

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg

Herr Dr. Heinz Janning

Herr Werner Lütke-meier

Herr Heinz Hermeling

Herr Werner Schröer

Herr Raimund Hötke

Herr Möller, Walter

Herr Karl Schirdewahn

Herr Bernd Weber

Herr Dr. Thomas Gießmann

Herr Jürgen Grimberg

Frau Elsbeth Wigger

Herr Hans-Jürgen Gawollek

Herr Ulrich Sandmann

Herr Michael Netter

(Personalratsvorsitzen-
der)

Herr Richard Gude

(Personalratsmitglied)

Herr Theo Elfert

(stellv. Schriftführer)

Entschuldigt fehlten:

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

beratendes Mitglied:

Herr Ulrich Beckmann Sozial Liberal

Die 1. stellv. Bürgermeisterin, Frau Marianne Helmes, eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:**1. Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung am 30.01.2007**

I/A/0070

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 30.01.2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0105

Herr Dr. Janning berichtet, dass die Beschlüsse ausgeführt worden seien.

3. Informationen**3.1 Erweiterung des eoc Ochtrup und FOC-Ansiedlung in Gronau**

I/A/0180

Herr Dr. Janning erläutert den Inhalt des als Anlage 1 dieser beigefügten Vermerkes.

Abschließend stellt Herr Dr. Janning fest, dass alle benachbarten Kommunen sich gegen das eoc in Ochtrup ausgesprochen hätten. Er sage dieses vor dem Hintergrund, dass in Ochtrup versucht werde, den Bürgermeister der Gemeinde Wettringen, Herrn Rauen, in seiner Funktion als Regionalratsvorsitzenden infrage zu stellen, indem man diesem vorwerfe, nur die Interessen von Wettringen und nicht die regionalen Interessen in diesem Falle zu vertreten. Herr Dr. Janning ist der Auffassung, dass das regionale Interesse nicht allein von Ochtrup definiert werden könne. Die Erweiterung des EOC Ochtrup könne die intakte Zentrenstruktur der hiesigen Region gefährden; sie liege daher gerade nicht im regionalen Interesse. Herrn Rauen, der sich bislang als Regionalratsvorsitzender zu diesem Vorhaben überhaupt noch nicht geäußert habe, den Rücktritt nahe zu legen, sei daher völlig unangemessen.

Herr Dr. Janning erklärt abschließend, dass unter den vorgegebenen Umständen von einer Versagung der Genehmigung für die zur EOC-Erweiterung erforderlichen Flächennutzungsplanänderung auszugehen sei. Dagegen werde dann die Stadt Ochtrup wahrscheinlich gerichtlich vorgehen.

Herr Niehues begrüßt die beabsichtigte Entscheidung der Landesplanungsbehörde. Diese Entscheidung entspreche den seit Jahren dank Herrn Dr. Janning verfolgten Ansätzen in Rheine. Aus diesem Grunde weist Herr Niehues auch die überzogene und persönliche Kritik aus Ochtrup an Herrn Rauen energisch zurück. Diese Kritik sei nicht gerechtfertigt. Zudem sei Herr Rauen in dieser Angelegenheit auch nicht befangen, was auch die Bezirksregierung festgestellt habe. In seiner Funktion als Vorsitzender des Regionalrates sei Herr Rauen immer ein Sachwalter der gesamten Region gewesen. Daher vertritt Herr Niehues die Auffassung, dass sich die Vertreter der Stadt Ochtrup im Stil und Inhalt der persön-

lichen Kritik an Herrn Rauen vergriffen hätten und insofern gut daran täten, wenn sie ihr Verhalten in der Öffentlichkeit wieder korrigieren würden.

4. Öffnungszeiten der neuen Stadtbibliothek **Vorlage: 059/07/1**

I/A/1330

Frau Lulay bittet um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Kulturausschusses.

Herr Grawe erinnert daran, als die ersten Überlegungen zum Umzug der Stadtbücherei in die Räumlichkeiten der ehemaligen Volksbank diskutiert worden seien, Einvernehmen darüber bestanden habe, dass dieser Umzug nur sinnvoll sei, wenn dadurch wesentliche Verbesserungen erzielt würden. Auch im Leitbildbeschluss des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept sei der Bildung oberste Priorität eingeräumt worden.

Aufgrund der Deckelung von Bau- und Personalkosten könne man bisher schon von einer „abgespeckten“ Grobkonzeption sprechen. Als Frau Ehrenberg in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung noch darüber informiert habe, dass auch noch eingeplante Landesmittel in Höhe von 190.000,00 € nicht fließen würden, habe man sich in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frage gestellt, was der Umzug der Stadtbücherei aus dem Sträterschen Haus in das ehemalige Volksbankgebäude überhaupt noch bringen solle.

Nach reiflicher Überlegung schlage seine Fraktion vor, zunächst zu prüfen, was von dem Umzugskonzept der Stadtbücherei unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch umgesetzt werden könne. Erst dann sollte über die Erhöhung der Öffnungszeiten und über zusätzliches Personal entschieden werden.

Herr Toczkowski führt aus, dass die SPD-Fraktion den Empfehlungsbeschluss des Kulturausschusses eigentlich für den richtigen Weg halte. Aber aufgrund der Haushaltslage und der fehlenden 190.000,00 € an Landesmitteln habe sich die SPD-Fraktion dazu veranlasst gesehen, den als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Antrag zu stellen, den er anschließend verliest.

Auch Herr Holtel gibt zu bedenken, dass es seit der Vorberatung des Tagesordnungspunktes im Kulturausschuss neue Erkenntnisse gebe, was die Stadt dazu zwingt, nach dem Umzug der Stadtbücherei in das ehemalige Volksbankgebäude mit einem Sparkonzept zu beginnen. Allerdings hoffe er, dass die fehlenden Landesmittel dann noch im Jahre 2008 fließen würden, damit man zu diesem Zeitpunkt über die Aufstockung der Öffnungszeiten nochmals beraten sollte.

Frau Ehrenberg ist verwundert über diese Diskussion, denn diese sei bereits im Kulturausschuss geführt worden. Trotzdem habe es einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Kulturausschusses an den HFA gegeben.

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass im Haushaltsplan für das Jahr 2007 905.000,00 € für die Einrichtung der Stadtbücherei vorgesehen seien. Hiervon entfielen 565.000,00 € auf städtische Mittel und 340.000,00 € auf beantragte Fördergelder des Landes. Die Verwaltung habe bei der Ermittlung der Fördergelder nicht den üblichen Satz von 40 % bei Einrichtungen von Büchereien zugrunde gelegt. Auch gebe es noch keinen Bewilligungsbescheid, wohl aber eine ziem-

lich sichere Aussage aus der Staatskanzlei, dass die Stadt Rheine mit Fördergeldern in Höhe von 150.000,00 € rechnen könne. Dieses entspreche 10 % der für die Einrichtung von Büchereien beim Land zur Verfügung stehenden Mitteln. Der Stadt würden damit insgesamt 190.000,00 € an Fördergeldern fehlen. Von den erwarteten Fördergeldern des Landes würden 100.000,00 € auf die Verbuchungstheke entfallen, die insgesamt rd. 270.000,00 € kosten werde. Die restlichen 50.000,00 € Fördergelder seien vorgesehen für die Einrichtung der Bibliothek mit Regalen. Beide Einrichtungsmaßnahmen zusammen würden etwa ein Ausschreibungsvolumen von über 450.000,00 € haben. Aus diesem Grunde habe die einrichtungsbegleitende Arbeitsgruppe in der letzten Woche den Architekten gebeten, gemeinsam mit Frau Wigger weitere Einsparvorschläge bei den restlichen Einrichtungsgegenständen, wie z. B. bei den Büromöbeln für die Mitarbeiter/innen, zu erarbeiten.

Die Verwaltung habe mit dem Land nochmals Kontakt aufgenommen und darauf hingewiesen, dass aufgrund der zu erwartenden geringeren Landesförderung zunächst auf die Kinder- und Jugendabteilung sowie auf den gesamten Lesebereich für die Erwachsenen verzichtet werden solle. Die Frage seitens der Stadt, ob das Land die Möglichkeit sehe, für diese Einrichtungen Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2008 einzugehen, sei eindeutig verneint worden, da Rheine mit 150.000 € Förderung bereits 10 % der insgesamt zur Verfügung stehenden Landesmittel erhalte. Allerdings könne die Stadt für andere Einzelprojekte im investiven Bereich im nächsten Jahr weitere Förderanträge stellen.

Selbstverständlich werde seitens der Verwaltung auch geprüft, ob weitere Abstriche im qualitativen Standard möglich seien, ohne dass die Funktionsfähigkeit der Bücherei darunter leiden werde.

Abschließend stellt Frau Ehrenberg fest, dass bei allen Sparbemühungen die fehlenden Landesmittel in Höhe von 190.000,00 € nicht kompensiert werden könnten.

Herr Niehues wundert sich sehr über den Antrag der SPD-Fraktion und hinterfragt, mit welcher Thematik die SPD-Fraktion die Sachdebatte im Kulturausschuss geführt habe. Die CDU-Fraktion werde jedenfalls dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen, obwohl die Punkte 1 und 3 unstrittig seien. Das Personalkonzept sei im Kulturausschuss einstimmig verabschiedet worden; insofern erwarte er von der SPD-Fraktion hierzu noch eine Erklärung.

Aus seiner Sicht erscheine die Empfehlung des Kulturausschusses schlüssig, auch hinsichtlich der Öffnungszeiten. Es sollte versucht werden, schrittweise die 35-Stunden-Woche einzuführen. In welcher Zeit dieses verwirklicht werde, müsse abgewartet werden, weil dieses auch eine Frage der Personalkosten sei.

Die Beteiligung des Einzelhandels an den Personalkosten sei nach seiner Ansicht in dieser Phase eher ein frommer Wunsch. Wenn die Bücherei zu einer deutlichen Belebung in dem Geschäftsbereich beitrage, dann würden die Einzelhändler schon selbst ein Interesse an einer Erweiterung der Öffnungszeiten sogar über die 35-Stunden-Woche hinaus haben, sodass sie sich evtl. an diesem Teil der Personalkosten dann beteiligen würden.

Herr Niehues ist erfreut darüber, dass die Baumaßnahme so gut organisiert sei und im vorgegebenen Kostenrahmen von 1,8 Mio. € durchgeführt werden könne. Die seinerzeit von der CDU-Fraktion durchgeführte Kostendeckelung sei somit realistisch gewesen.

Die Hiobsbotschaft, dass 190.000,00 € an Landesmitteln für Einrichtungskosten nicht zur Auszahlung kämen, sei auch bei der CDU-Fraktion mit Erschrecken aufgenommen worden. Natürlich müsse dieser Fehlbetrag zu erneuten Einsparungen bei der Maßnahme führen, indem mehr alte Möbel mit rübergenommen würden als ursprünglich geplant. Auch sei es denkbar, die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche über 1 bis 2 Jahre zu strecken. Hiermit sollte sich die Arbeitsgruppe nochmals beschäftigen.

Die CDU-Fraktion sei jedoch bereit, aus städt. Mitteln 100.000,00 € in diesem Jahr zusätzlich für die Einrichtung der Stadtbücherei zur Verfügung zu stellen, damit das Highlight im Lesebereich für die Erwachsenen realisiert werden könne. Daher stelle die CDU-Fraktion den Antrag auf Abstimmung über die vorliegende Beschlussempfehlung des Kulturausschusses mit der Ergänzung, dass für die Einrichtung der Stadtbibliothek 100.000,00 € zusätzlich bereitgestellt würden.

Auch Herr Wilp bedauert die Reduzierung der Landesförderung, die aber nicht auf eine Kürzung des Landeshaushaltes zurückzuführen sei, sondern auf die unerwartet große Anzahl der eingereichten Förderanträge für den kulturellen Bereich. Selbstverständlich werde er sich in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter nochmals nach weiteren Fördermöglichkeiten für die Stadtbücherei in den nächsten Jahren umhören.

Herr Wilp erinnert daran, dass alle Fraktionen den Umzug der Stadtbücherei mit höchster Priorität gewollt hätten. Wenn die Fördergelder dann nicht in der Höhe eingingen, wie es ursprünglich erwartet gewesen sei, dann müsse die Stadt alles dafür tun, um an dem neuen Standort eine funktionsfähige Bibliothek zu eröffnen. Alles andere sei nicht vermittelbar und diene nicht der Sache. Wenn sich später herausstellen sollte, dass durch die Attraktivität der neuen Bücherei der Standort ein Anziehungspunkt werde, dann könne man zu dem Zeitpunkt auch an Sponsoren herantreten.

Daher sollte die Stadtbücherei mit einer Öffnungszeit von 25 Stunden/Woche beginnen. Die Perspektive müsse auf jeden Fall eine Öffnungszeit von 35 Stunden/Woche sein. Diese müsse ab dem Jahr 2008 stufenweise erreicht werden. Dementsprechend sollte im 1. Absatz des Beschlussvorschlages auch das Wort „im“ Jahr 2008 durch die Worte „ab dem“ Jahr 2008 ersetzt werden.

Herr Thum zeigt sich ebenfalls verwundert über die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt, denn der Haupt- und Finanzausschuss habe die Aufgabe, die Budgetberatungen der Fachausschüsse zusammenzuführen, um einen zu verantwortenden Haushalt zu bekommen. Grundlage dieser Vorlage sei ein Antrag der CDU-Fraktion gewesen, der im Kulturausschuss eingebracht worden sei. Die SPD-Fraktion hätte somit vorher über diesen Antrag nicht beraten können. Seine Fraktion stehe zwar hinter dem Konzept für die neue Stadtbücherei, möchte dieses aber etwas vorsichtiger umsetzen als die CDU-Fraktion, denn es gebe noch zu viele „Unbekannte“ bei der Finanzierung, wozu er auch den Verkauf des Sträterschen Hauses zähle. Aus diesem Grunde wolle die SPD-Fraktion in diesem Jahr noch kein zusätzliches Personal einstellen, sondern die Auszubildende übernehmen. Es wäre ausreichend, wenn man sich im Rahmen des Stellenplanes 2008 über weitere personelle Aufstockungen unterhalte. Im Übrigen müsse sich die Stadt Rheine vor dem Hintergrund der Haushaltssituation nicht jetzt schon bei den Öffnungszeiten für eine 35-Stunden-Woche aussprechen, wenn der Landesdurchschnitt bei 32 Stunden/Woche liege.

Herr Ortel teilt die soeben von Herrn Thum vorgetragenen Bedenken, zumal bei der Entscheidung über den Antrag der CDU-Fraktion im Kulturausschuss nicht bei allen Fraktionen Wohlbehagen bestanden habe. Auch hätten sich seit der Kulturausschusssitzung die Umzugspläne insgesamt für den Bereich der ehemaligen Volksbank-Immobilie und die Kostensituation stark verändert, sodass mit erheblichen Kostenüberschreitungen zu rechnen sei. Daher fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Maß zu halten, bis die Finanzierung des Gesamtpaketes gesichert sei. Auch seine Fraktion spreche sich für die Übernahme der Auszubildenden aus und gegen die jetzige Neueinstellung einer externen Fachkraft.

Frau Ehrenberg gibt zu bedenken, dass die Stadt Rheine für den geplanten Standort mehr als 2,5 Mio. € investiert habe. Diese Investition sei ein erster Schritt gewesen, sodass der zweite Schritt folgen müsse. Um hier eine halbwegs akzeptable Lösung zu erreichen, reiche keine Öffnungszeit der Stadtbücherei mit 25 Stunden/Woche. Vielmehr müsse man sich den Öffnungszeiten des Einzelhandels anpassen, um diesen später bei einer Attraktivitätssteigerung dieses Standortes durch die Stadtbücherei zum Sponsoring anzusprechen.

Herrn Lütke-meier ist klar, dass Bildung eine der herausragenden Anforderungen an die Zukunftsfähigkeit der Stadt sei und der Stadtbücherei eine besondere Funktion zukomme. Wenn der Haupt- und Finanzausschuss sich unter diesem Aspekt für eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtbücherei mit der Konsequenz der Personalaufstockung entscheide, so sei dieses nachvollziehbar und zu respektieren. Aber mit der gleichen Konsequenz müsse dann der Haupt- und Finanzausschuss auch die dazu notwendigen Ressourcen bereitstellen, denn die Ausweitung der Öffnungszeiten mache die Einrichtung von 2 neuen Stellen in der Stadtbücherei erforderlich, für die bisher keine Personalaufwendungen zur Verfügung stünden. Der Gesamtpersonalaufwand sei bis zum Jahre 2010 trotz zu erwartender tariflicher Steigerungen auf 33,8 Mio. € „gedeckt“ worden. Hierdurch bestehe bereits ein enormer Druck zum weiteren Personalabbau. Vor diesem Hintergrund müssten für zusätzliche Stellen grundsätzlich auch die notwendigen Personalaufwendungen bereitgestellt werden. Für die Stadtbücherei gelte das auf jeden Fall für die Jahre 2008 bis 2010. Nur die in diesem Jahr anfallenden höheren Personalaufwendungen sollten nach der Beschlussempfehlung des Kulturausschusses im Budget des Fachbereiches 1 erwirtschaftet werden. Konkret müsse der vorliegende Beschlussvorschlag dahin gehend ergänzt werden, dass die Personalaufwendungen für das Jahr 2008 um 53.000,00 € und ab 2009 um jeweils 71.000,00 € erhöht würden.

Abschließend stellt Herr Lütke-meier fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss in diesem besonderen Falle von einer gemeinsam zwischen Verwaltung und Politik festgelegten Linie zur Nutzung aller Möglichkeiten der Personalreduzierung abweiche. Es gehe hierbei um eine personelle Ausweitung in einem für sich betrachtet grundsätzlich nicht pflichtigen Bereich. Im schwierigen Prozess der Haushaltskonsolidierung sei man im hohen Maße auf die Motivation aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung angewiesen. Akzeptanz und Verständnis in einzelne Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung seien dafür grundsätzliche Voraussetzungen. Vor diesem Hintergrund gelte es, die außergewöhnliche Besonderheit dieser Entscheidung unter den eingangs von ihm genannten Aspekten zu verdeutlichen.

Frau Helmes zeigt sich sehr enttäuscht über die bisherige Diskussion, denn der Kulturausschuss habe lange um die vorliegende Beschlussempfehlung gerungen. In der Überzeugung, die beste Lösung gefunden zu haben, liege der Beschlussvorschlag heute dem HFA zur Entscheidung vor.

Frau Lulay merkt ergänzend dazu an, dass der Kulturausschuss ursprünglich ein Konzept zustimmend zur Kenntnis genommen habe, das 4 zusätzliche Stellen für die Stadtbücherei vorsah. Nunmehr sei nur noch von 2 Stellen die Rede. Die Öffnungszeiten von Büchereien seien in einem Zusammenhang mit dem Personalschlüssel zu sehen. Selbst das „abgespeckte“ Konzept für eine Bibliothek könne mit dem vorhandenen Personal nicht verwirklicht werden. Sie gibt zu bedenken, dass durch die Zusammenlegung der Volkshochschule mit der Musikschule auch noch Personal aufgrund der zu erwartenden Synergieeffekte freigesetzt würde. Alle Fraktionen hätten den Umzug der Stadtbücherei mit dem entsprechenden Konzept gewollt. Insofern müsse man jetzt auch alle Kräfte bündeln, um zumindest das „abgespeckte“ Konzept zu verwirklichen, das dann zu einem späteren Zeitpunkt bei Vorliegen günstigerer Voraussetzungen stufenweise komplettiert werden sollte.

Herr Lütkeemeier hält sich für falsch verstanden, denn er hätte nicht den Empfehlungsbeschluss des Kulturausschusses kritisieren und infrage stellen wollen. Vielmehr erwarte er vom Haupt- und Finanzausschuss, dass er im Falle der Aufstockung des Stellenplanes die dadurch entstehenden höheren Personalkosten auf dem „gedeckelten“ Gesamtpersonalaufwand aufsattele.

Herr Ortel merkt an, dass auch seine Fraktion in Bezug auf den Umzug der Stadtbücherei gerne mehr gewollt hätte. Aber der Haupt- und Finanzausschuss müsse den „Notruf“ des Kämmerers auch zur Kenntnis nehmen. Daher dürften keine Beschlüsse gefasst werden, die aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden könnten. Die Deckelung der Personalkosten sei seinerzeit auf Antrag der CDU-Fraktion erfolgt, sodass man von der CDU-Fraktion auch eigentlich erwarten müsse, dass sie daraus die Konsequenzen ziehe. Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei jedenfalls der Empfehlungsbeschluss des Kulturausschusses zum jetzigen Zeitpunkt vor dem Hintergrund des städtischen Haushaltes nicht zu verantworten.

Herr Holtel stellt fest, dass niemand das seinerzeit gesteckte Ziel, was mit der neuen Stadtbücherei erreicht werden solle, infrage stelle. Fest stehe aber auch, dass bis zur Eröffnung der Bücherei alle Rahmenbedingungen nicht erfüllt sein würden, weil die finanziellen Voraussetzungen dafür nicht gegeben seien. Daher sollte der Haupt- und Finanzausschuss sich heute dafür aussprechen, das Gesamtziel in mehreren Zwischenschritten zu erreichen.

Frau Helmes lässt anschließend über den als Anlage 2 dieser Niederschrift beige-fügten weitestgehenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen, der mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt wird.

Danach stellt Frau Helmes den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Entscheidung über die Erweiterung des Stellenplanes zu vertagen, zur Abstimmung, der mit 8 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich ebenfalls abgelehnt wird.

Daraufhin stellt Frau Helmes den folgenden Empfehlungsbeschluss des Kulturausschusses mit der entsprechenden Ergänzung durch die CDU-Fraktion bzw. der Verwaltung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst auf Empfehlung des Kulturausschusses folgenden Beschluss:

Die Stadtbibliothek soll nach ihrem Umzug in das Rathauszentrum mit einer wöchentlichen Öffnungszeit von 25 Stunden beginnen, die ab dem Jahr 2008 stufenweise auf 35 Stunden erhöht wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss erweitert den Stellenplan um eine Stelle für eine(n) Diplombibliothekarin(en). Die Stelle, die ab dem 1. August 2007 besetzt werden soll, ist extern auszuschreiben. Die dadurch im Jahr 2007 entstehenden Personalkosten sind im Budget des Fachbereiches 1 zu erwirtschaften.

Darüber hinaus werden auf Antrag der CDU-Fraktion 100.000,00 € zusätzlich an Einrichtungskosten für 2007 aus städt. Mitteln bereitgestellt.

Die Personalaufwendungen werden im Finanzplan für 2008 um 53.000,00 € und ab 2009 jeweils um 71.000,00 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
 8 Nein-Stimmen

5. Umzug der Volkshochschule in das Josef-Winckler-Zentrum
Vorlage: 093/07

I/B/2222

Herr Toczowski signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Herr Ortel erklärt, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, allerdings bedauere seine Fraktion, dass zum jetzigen Zeitpunkt nur sehr ungenaue Informationen zum Stand der Verkaufsverhandlungen über die frei werdenden städtischen Immobilien vorlägen. Der HFA werde somit auch bei diesem Tagesordnungspunkt in eine Beschlusssituation gebracht, die auf der Gegenseite keine Werte habe. Dieses wolle er ausdrücklich kritisieren.

Frau Lulay führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Ihre Fraktion erwarte ferner, dass der Umzug der Volkshochschule ins Josef-Winckler-Zentrum bis Dezember 2007 erfolgt sei.

Auch Herr Holtel erklärt, die FDP-Fraktion wolle den Umzug der Volkshochschule nicht infrage stellen, aber er möchte schon weitere Informationen zur Vermarktung der frei zu ziehenden Objekte haben. Er vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung bestimmten Interessenten schon gewünschte Daten für bestimmte Objekte hätte zur Verfügung stellen können, damit man zum jetzigen Zeitpunkt schon relativ sichere Ergebnisse über die Verkaufserlöse der Immobilien gehabt hätte.

Herr Dr. Janning entgegnet, dass die Arbeiten zur Ermittlung der Daten für die voraussichtlichen Erlöse aus dem Verkauf der betroffenen städtischen Immobilien alles andere als einfach seien. Sie würden einen erheblichen Zeitaufwand erfordern, weil hierbei viele Besonderheiten zu beachten seien. Hierüber werde er auch im nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung noch informieren. Die Verbindlichkeit von gewünschten Daten und Fakten setze Arbeit voraus, und dafür benötige man auch die erforderlichen Personalressourcen, die nicht in jedem Bereich bei zusätzlichem Arbeitsaufwand vorhanden seien.

Herr Niehues schlägt vor, die Diskussion über die Verkaufsbemühungen der frei werdenden städtischen Immobilien unter TOP 13 zu führen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

1. Für den Umzug der Volkshochschule in das Josef-Winckler-Zentrum werden im Budget des Fachbereiches Planen und Bauen für die notwendigen Umbau- und Renovierungsmaßnahmen 156.000,00 € zusätzlich zum Eckdatenbeschluss für das Jahr 2007 zur Verfügung gestellt.
2. Für den Umzug der Volkshochschule in das Josef-Winckler-Zentrum werden im Budget des Fachbereiches Bildung, Kultur und Sport für die notwendigen Einrichtungsmaßnahmen 14.000,00 € zusätzlich zum Eckdatenbeschluss für das Jahr 2007 zur Verfügung gestellt.
3. Der Umzug soll bis Dezember 2007 erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Umzug des Stadtarchivs - Kosten für Umbau und Einrichtung Vorlage: 064/07/1

I/B/2790

Frau Ehrenberg erinnert daran, dass der Haupt- und Finanzausschuss im Mai letzten Jahres das Raumkonzept für den Umzug des Stadtarchivs zustimmend zur Kenntnis genommen habe. Die in der Vorlage genannten Kosten seien Grundlage für den geplanten Umzug. Der Kulturausschuss habe die Vorlage an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen mit der Bitte, Alternativen für die Unterbringung der Magazine zu prüfen. Diese Überprüfung sei allerdings bis zum heutigen Tage zeitlich nicht möglich gewesen. Da das Magazinproblem auch beim Verbleib am alten Standort gelöst werden müsse, könne die Entscheidung über den Umzug des Stadtarchivs in die 2. Etage der ehemaligen Volksbankimmobilie unabhängig hiervon getroffen werden.

Herr Niehues vertritt die Auffassung, dass das Kannegießerhaus auf Dauer ein Problem für die Nutzung als Archiv werde, sodass man nach 25 Jahren feststellen müsse, dass das Gebäude u. a. aus raumklimatischen Gründen keine Ideallösung für ein Archiv sei. Wenn der Umzug in die 2. Etage der Volksbankimmobilie nicht vollzogen werde, müsse die Stadt zur Verbesserung der raumklimatischen Verhältnisse mehr als 50.000,00 € in das Kannegießerhaus investieren. Insofern habe sich die CDU-Fraktion dafür ausgesprochen, das Stadtarchiv in die Gesamt-

verwaltung zu integrieren, um auch Synergieeffekte zu nutzen. Sicherlich seien die Kosten für den Umzug höher als ursprünglich angedacht. Diese seien aber vertretbar, weil es in absehbarer Zeit keine Alternative zur Volksbankimmobilie gebe.

Herr Toczowski führt aus, die SPD-Fraktion sei weiterhin der Meinung, dass es aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation keinen Sinn mache, das Stadtarchiv in der ehemaligen Volksbankimmobilie unterzubringen, zumal das Raumangebot dort nicht größer sei als im Kannegießerhaus. Auch vertrete die SPD-Fraktion die Auffassung, dass zunächst die Frage der Magazinierung geklärt werden sollte, bevor ein Umzug des Stadtarchivs erfolge. Für die Magazinierung sollte mittelfristig ein Schulgebäude gefunden werden, das auch für andere Kulturinstanzen in Rheine Unterbringungsmöglichkeiten für Kultur- und Kunstgegenstände biete. Bis dahin sollten die im Haushalt bereit stehenden 50.000,00 € für eine Verbesserung der raumklimatischen Verhältnisse im Kannegießerhaus verwandt werden, was die SPD-Fraktion hiermit auch zum Antrag erhebe.

Herr Ortel erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Beschlussvorschlag nicht mittragen werde. Er erinnert daran, es sei ursprünglich vorgesehen gewesen, die Verkaufserlöse aus den frei zu ziehenden städtischen Immobilien zur Mitfinanzierung der Kosten für den Kauf der ehemaligen Volksbankimmobilie zu verwenden. Der vorliegende Beschlussvorschlag mache deutlich, dass die Umzugskosten für das Stadtarchiv mutmaßlich den Verkaufserlös für das Kannegießerhaus übersteigen würden.

Herr Niehues wertet die Aussage von Herrn Ortel als falsch, obwohl er die Zahlen aus der nicht öffentlichen Vorlage kenne.

Herr Ortel entgegnet, dass es sich bei den in der nicht öffentlichen Vorlage angegebenen Zahlen um Schätzwerte handle, die seines Erachtens nicht erzielt werden könnten. Da auch die Volksbankimmobilie kein idealer Standort für das Stadtarchiv sei, sehe seine Fraktion zum derzeitigen Zeitpunkt keine Entscheidungsnotwendigkeit für den Umzug des Stadtarchivs dort hin.

Herr Holtel vertritt die Auffassung, dass durch bestimmte Investitionsmaßnahmen sicherlich das raumklimatische Problem im Kannegießerhaus verbessert werden könne. Nicht verändert werden könnten die dortigen Arbeits- und Besucherbedingungen, die im ehemaligen Volksbankgebäude eindeutig besser seien als im Kannegießerhaus. Von daher sei ein Umzug auch wegen der zu erwartenden Synergieeffekte sinnvoll.

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass sie sich nochmals beim damaligen Dezerenten, Herrn Nienkemper, und dem damaligen Kulturausschussvorsitzenden, Herrn Krüger, nach den Entscheidungskriterien für die Unterbringung des Stadtarchivs in das Kannegießerhaus erkundigt habe. Beide hätten erklärt, dass es mit Ausnahme der Tatsache, dass dieses leer stehende Gebäude einer Nutzung hätte zugeführt werden müssen, keine besonderen Entscheidungskriterien für die dortige Unterbringung des Stadtarchivs gegeben habe. Über die raumklimatischen Probleme habe sich seinerzeit niemand Gedanken gemacht. Mit der Volksbankimmobilie stehe der Stadt nun eine zukunfts feste Unterbringungsmöglichkeit für das Stadtarchiv zur Verfügung. Es mache auch aus fachlicher Sicht Sinn, die Stadtbücherei mit dem Stadtarchiv in einem Gebäude unterzubringen.

Zu der vom Stadtarchivar favorisierten Unterbringung des Stadtarchivs in einem bestimmten Schulgebäude merkt Frau Ehrenberg an, dass das Gebäude, das von Herrn Dr. Gießmann favorisiert werde, lt. Schulentwicklungsplan in absehbarer Zeit nicht frei werde. Von daher appelliert sie an den Haupt- und Finanzausschuss, sich für den Umzug des Stadtarchivs in die 2. Etage der ehemaligen Volksbankimmobilie zu entscheiden, weil diese Unterbringung auch im Hinblick auf die Folgekosten sinnvoll sei.

Nach kurzer Diskussion stellt Frau Helmes dann den Antrag der SPD-Fraktion, derzeit auf den Umzug des Stadtarchivs zu verzichten und die im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden 50.000,00 € in die Verbesserung der raumklimatischen Gegebenheiten im Kannegießerhaus zu investieren, zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt Frau Helmes über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Informationen zu Umbau und Einrichtung des Stadtarchivs und die damit verbundenen Gesamtkosten in Höhe von 283.408,66 EUR (Umbau 186.986,53 €, Einrichtung 96.422,13 €) zur Kenntnis.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die beiden folgenden Positionen zusätzlich in den Haushaltsplan für das Jahr 2007 aufzunehmen:

1. 136.986,59 € für den Umbau (50.000,00 € bereits veranschlagt)
2. 96.422,13 € für die Einrichtung.

Gleichzeitig beschließt der Haupt- und Finanzausschuss, die maximal zu erzielende Förderung durch den Landschaftsverband in Höhe von 15.767,08 € für 2007 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
 7 Nein-Stimmen

7. Budget Produkt "Zentrale Gebäudewirtschaft" 2007 **Vorlage: 018/07/1**

II/A/0915

Nach Erläuterung der Vorlage durch Herrn Schröder weist Herr Lütkeemeier darauf hin, dass gegenüber den Einsparvorgaben aus der Strategie- und Finanzkommission noch ein Betrag von 92.000,00 € zu kompensieren sei. Er schlägt vor, die unter Ziffer 1.5 der Vorlage aufgeführte Personalkostenreduzierung in Höhe von 9.000,00 €, die höheren Mieterträge in Höhe von 15.000,00 €, die Reduzierung des Betriebskostenzuschusses für die EWG in Höhe von 35.000,00 € sowie die Reduzierung des Betriebskostenzuschusses für die GVZ-Entwicklungsgesellschaft in Höhe von 18.000,00 € hierauf anzurechnen. Der dann noch verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 15.000,00 € solle im Laufe des Jahres 2007 durch die Zentrale Gebäudewirtschaft erwirtschaftet werden.

Herr Niehues erinnert an die Vorgaben der Strategie- und Finanzkommission und zeigt sich schon darüber enttäuscht, dass der Fachbereich 5 nicht, wie erwartet, die Reinigungsverträge vorsorglich zum 31. Dezember 2006 gekündigt habe, denn wenn dieses geschehen wäre, hätte man im Bereich der Gebäude- und Fensterreinigung das vorgegebene Einsparpotenzial erreichen können. In der Ursprungsvorlage sei die Einsparung der vorgegebenen 192.000,00 € nicht vorgesehen gewesen. Aufgrund zwischenzeitlicher verwaltungsinterner Überlegungen sehe die heutige Vorlage des Haupt- und Finanzausschusses eine Einsparung von zumindest 100.000,00 € vor. Diese Einsparvorschläge und auch den von Herrn Lütkeemeier eingangs vorgetragenen Kompensationsvorschlag nehme die CDU-Fraktion anerkennend zur Kenntnis und bittet darum, den Beschlussvorschlag unter Ziffer 1 entsprechend zu ergänzen.

Herr Holtel bezieht sich auf die erhöhten Energiekosten und schlägt vor, das Energieerneuerungsprogramm weiter fortzusetzen. Daher sollten die Stadtwerke für Rheine beauftragt werden, die erforderlichen Energieträger einzubauen, die weniger Energie verbrauchen würden.

Herr Thum bezieht sich auf die Äußerungen von Herrn Niehues und empfiehlt, dass die Strategie- und Finanzkommission künftig die Verwaltung mit weiteren Einsparvorgaben nicht überfordern dürfe.

Herr Schröder ergänzt, dass die Verwaltung bei der Diskussion in der Strategie- und Finanzkommission über die Kündigung von Reinigungsverträgen auf die bestehenden vertraglich festgelegten Kündigungsfristen hingewiesen habe. Er habe den Auftrag aus der Strategie- und Finanzkommission so verstanden, dass die Einsparungen für die nächsten 1 bis 2 Jahre verwirklicht werden sollten, so wie es nach der Vorlage auch vorgesehen gewesen sei.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht berücksichtigten Finanzmittel in Höhe von 92.000,00 € werden im Ergebnisplan des Fachbereiches 5 für das Jahr 2007 zusätzlich zur Verfügung gestellt und wurden wie folgt kompensiert bzw. sind wie folgt zu kompensieren:

• Einsparung an Personalleistungen	9.000,00 €
• höhere Mieterträge	15.000,00 €
• Reduzierung des Betriebskostenzuschusses an die EWG	35.000,00 €
• Reduzierung des Betriebskostenzuschusses an die GVZ-E	18.000,00 €
• weitere Einsparung in der Zentralen Gebäudewirtschaft	15.000,00 €
2. Für den Energiebezug werden im Ergebnisplan des Fachbereiches 5 für die Jahre 2007, 2008, 2009 und 2010 jeweils 369.000,00 € (einschließlich der Mehrwertsteuererhöhung) zusätzlich zur Verfügung gestellt.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereiches 5 – Planen und Bauen – unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Einwohnerfragestunde

II/A/2110

Da es inzwischen 19:00 Uhr geworden ist, ruft Frau Helmes den Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

**9. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007 - 2010 - Kaserne Gellendorf
Vorlage: 110/07**

II/A/2120

Beschluss:

Der Haupt- u. Finanzausschuss beschließt, dass für die Konversion der Kaserne Gellendorf für das Haushaltsjahr 2007 Mittel in Höhe von 320 T€ bereitgestellt werden. Für die Haushaltsjahre 2008 - 2010 werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2,09 Mio. € ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Auf Antrag von Herrn Niehues beschließt der Haupt- und Finanzausschuss ferner, die Haushaltsstellen für die Konversion der Kaserne Gellendorf bis zur Klärung der noch offenstehenden Fragen mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007-2010 - Bahnflächen "Rheine R und IV. Quadrant"
Vorlage: 069/07**

II/A/2270

Herr Niehues weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion die Haushaltsansätze für die Bahnflächen Rheine R und IV. Quadrant ebenfalls wegen der noch offenstehenden Fragen mit einem Sperrvermerk versehen möchte. Hiervon ausgenommen seien natürlich die Haushaltsmittel, die für bestimmte Vorarbeiten erforderlich seien.

Herr Schröder erläutert, dass er für die mit dem Grunderwerb verbundenen Kosten und für einen durch den Fachausschuss zu vergebenden größeren Planungsauftrag eine Summe von 400.000,00 € zuzüglich der Grundstücksnebenkosten zur Verfügung gestellt haben müsse.

Herr Niehues erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung, wobei die Grundstücksnebenkosten automatisch für freigegeben gelten würden, wenn der Rat die Grundstücksverträge beschließe.

Ferner weist Herr Niehues darauf hin, dass die CDU-Fraktion zu einem späteren Zeitpunkt nochmals die Projektsteuerung diskutieren wolle, sodass das jetzige Konzept derzeit als vorläufige Projektsteuerung angesehen werde.

Herr Dr. Janning erklärt für die Verwaltung sein Einverständnis. Es handle sich bei dem Organigramm der Vorlage nur um eine Zwischeninformation. Die endgültige Projektorganisation müsse auch in Absprache mit dem neuen Dezernenten später erarbeitet werden. Die Verwaltung werde aber die konkrete Arbeit für das Projekt zunächst einmal mit dem jetzigen Konzept starten.

Herr Holtel erinnert daran, dass die FDP-Fraktion seinerzeit gegen den Ankauf der Flächen gewesen sei. In seiner Fraktion bestünden noch einige Fragen, auf die er in Kürze eine Antwort erwarte, und zwar möchte die FDP-Fraktion wissen, ob die Umsetzung der Flächen Rheine R im Verhältnis zwischen Kauf- und Verkaufspreis anhand der vorliegenden Bewerber möglich sei. Auch sei von Interesse, wie die Planung im Hinblick auf die von den Bewerbern gewünschten Grundstücksgrößen vorangetrieben werden solle und in welchen Größenordnungen Ansiedlungen, Betriebsverlagerungen oder -erweiterungen von Firmen aus Rheine in diesem Gebiet absehbar seien. Weiter fragt Herr Holtel, ob die Erschließung für die zu erwartenden Grundstückskäufe passend dimensioniert sei oder ob es kostengünstigere Erschließungsmöglichkeiten für Rheine R gebe.

Herr Dr. Janning merkt hierzu an, dass es sich bei den Fragen von Herrn Holtel um berechnete Zukunfts-, aber nicht um jetzt schon beantwortbare Gegenwartsfragen handle. Es gebe im Augenblick nur ein Strukturkonzept, aus dem sich die Antworten auf die von Herrn Holtel gestellten Fragen nicht herleiten ließen. Um seine Fragen beantworten zu können, benötige man ein städtebauliches Konzept, das Stück für Stück in eine konkrete Bebauungsplanung umgesetzt werden müsse.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Projektes „Bahnflächen Rheine R und IV. Quadrant“ gemäß der der Vorlage beigefügten Anlage 1 und die Verpflichtungsermächtigungen zu diesem Projekt gemäß Anlage 3 der Vorlage in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Die betroffenen Haushaltsansätze werden mit Ausnahme von 400.000,00 € zusätzlich der entstehenden Grundstückswechselkosten mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Beratung Haushalts- und Investitionsplanung 2007 - 2010
- Mehrkosten für Energie- und Treibstoffe sowie für Personal-
aufwendungen im Fachbereich 6
Vorlage: 100/07**

II/A/2760

Herr Niehues erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Beschlussvorschlag, merkt aber kritisch an, dass auch in diesem Falle die neuen Erkenntnisse noch im Dezember hätten in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet werden können.

Auf Frage von Herrn Niehues erläutert Herr Lütke-meier, dass die Verwaltung sich im Dezember letzten Jahres zum Ziel gesetzt habe, die Neuorganisation der Technischen Betriebe möglichst bis zum 1. Juli 2007 umzusetzen. Hierzu wäre aber eine Entscheidung zum Gesamtkonzept noch im I. Quartal dieses Jahres erforderlich gewesen. Nachdem dann bekannt geworden sei, welche Unterlagen für die anstehenden Untersuchungen erforderlich gewesen seien, habe die Verwaltung ihren ehrgeizigen Zeitplan umwerfen müssen.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand schlage die Verwaltung die Umsetzung der Neuorganisation der Technischen Betriebe mit Beginn des III. Quartals 2007 vor, sodass noch vor der Sommerpause eine Entscheidung hierüber getroffen werden müsse, um den Übergang dann in Ruhe vorbereiten und durchführen zu können.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, zum Ausgleich der entstehenden Mehrkosten für Energie- und Treibstoffe in den Jahren 2007 bis 2009 jeweils 150.000,00 € zusätzlich bereitzustellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 6 – Technische Betriebe – unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Vergabe von Erbbaurechten, Berechnung des lfd. Erbbauzinses
und Verkauf von Erbbaugrundstücken
Vorlage: 103/07**

II/A/2965

Herr Niehues bedankt sich für die Vorlage und erklärt, dass der CDU-Fraktion in letzter Zeit bewusst geworden sei, dass beim Verkauf von Erbbaugrundstücken der Stadt die Erwerber möglicherweise nicht gewollte geldwerte Vorteile erhielten, wenn diese Grundstücke anschließend kommerziell genutzt oder einer stärkeren Verdichtung zugeführt würden. Nach dem bisherigen Grundsatzbeschluss würden bestimmte Erbbaugrundstücke zu 50 % des Verkehrswertes veräußert. Dieser Grundsatzbeschluss müsse mit der Vorgabe ergänzt werden, dass die Grundstücke innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren nicht einer kommerziellen Nutzung oder einer intensiveren Bebauung zugeführt würden. Die CDU-Fraktion möchte sicherstellen, dass bei einem ermäßigten Verkauf zu 50 % des

Verkehrswertes ein Dritter mit dem Grundstück wirtschaftlich nicht spekulieren könne. Daher bittet er die Verwaltung, den Grundsatzbeschluss in absehbarer Zeit entsprechend zu überarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Herr Hötter weist darauf hin, dass es sich bei den zur Diskussion stehenden Grundstücken um Altverträge handele, die keine Wertsicherungsklausel hätten.

Herr Dr. Janning hält den Einwand von Herrn Niehues für berechtigt, bei dem auf eine höherwertige Nutzung abgestellt werde. Dafür müssten die Tatbestände sehr genau fixiert werden, um von vornherein Streitigkeiten zu vermeiden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

13. Sachstandsbericht zum Verkauf von Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieland Vorlage: 105/07

II/A/3160

Herr Niehues weist darauf hin, dass dem Haushaltsansatz für die Vermarktung von Gewerbeflächen 50.000 m² für das Jahr 2007 zugrunde lägen. Im Jahre 2006 sei eine fast doppelt so große Fläche vermarktet worden. Selbst bei vorsichtiger Betrachtung könne man ohne Risiko davon ausgehen, dass der veranschlagte Haushaltsansatz um 200.000,00 € erhöht werden könne. Dieses sei auch von Herrn Rieken nach nochmaliger Rücksprache für vertretbar erklärt worden.

Herr Dr. Janning merkt dazu an, dass, wenn die Erhöhung sich auf die von der EWG zu vermarktenden Flächen beziehe und Herr Rieken dem zugestimmt habe, er keine Bedenken erheben wolle. Falls sich aber die Erhöhung auch auf Flächen des Fachbereiches 8 beziehen würde, trage die CDU-Fraktion das Risiko für diese Entscheidung.

Herr Dewenter bezieht sich auf die Vorlage und unterstützt die Auffassung der Verwaltung, für die Flächen der höherwertigen Bebauung an der Kollwitz- und Sachsstraße im Wohnpark Dutum eine Umplanung vorzunehmen.

Herr Schröder sagt zu, die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ zur Beratung vorzulegen.

Herr Bögge möchte wissen, ob die unterbrochenen Grundstücksverhandlungen beim Robberskamp nur mit der Grundstücksgröße oder mit der Diskussion über Geruchsbelästigungen in der Öffentlichkeit zu tun habe.

Herr Dr. Janning antwortet, dass die Hinweise auf die Geruchsbelästigung in dem Baugebiet im Bau- und Betriebsausschuss aufgeklärt worden seien. Diese Belästigung sei nach seinen Informationen auch nur in einem Verkaufsfall geltend gemacht worden, sodass sich der Verdacht aufteue, dass es dem Interessenten nur um eine Preisreduzierung gehe. Nähere Informationen könne er hierzu im nicht öffentlichen Teil der Sitzung geben.

Herr Hötter merkt an, dass der von Herrn Dr. Janning angesprochene Bewerber sein Kaufinteresse zurückgezogen habe.

Für Herrn Niehues bleibt die Frage, wie sachgerecht und dauerhaft diese Lösung mit dem Mischwasserkanal und dem Verbindungskanal zum Regenrückhaltebecken sei. An einer Klärung dieser Frage seien nicht nur er, sondern auch Familien interessiert.

Herr Hötter weist ergänzend darauf hin, dass er von Klagen einiger Altanwohner über Geruchsbelästigungen wisse.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt Mehreinnahmen in Höhe von 200.000,00 € bei Verkaufserlösen für Gewerbegrundstücke.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

14. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007 - 2010 Ergebnisse der Fachausschussberatungen Vorlage: 101/07

II/B/0620

Nachdem Herr Lütke-meier die Vorlage erläutert hat, signalisiert Herr Niehues die Zustimmung der CDU-Fraktion zu Ziffer 1 und 2 der Vorlage, wobei der Beschlussvorschlag zu Ziffer 2 noch dahin gehend ergänzt werden müsse, dass die in der heutigen Sitzung bereits beschlossenen finanziellen Auswirkungen noch zu berücksichtigen seien.

Die CDU-Fraktion sei aber nicht mit der Veranschlagung der Verkaufserlöse für die vier frei werdenden Immobilien – Jugendherberge, Volkshochschule, Stadtbücherei und Kannegießerhaus – einverstanden. Die Verwaltung habe seit Mai letzten Jahres den Auftrag, den Verkauf dieser Gebäude vorzubereiten. Seine Fraktion akzeptiere auch nicht, dass die Verkaufserlöse, wie in der nicht öffentlichen Vorlage vorgesehen, erst für die Jahre 2008 und 2009 veranschlagt würden. Seine Fraktion sei vielmehr der Meinung, dass drei dieser vier Gebäude noch in diesem Jahr veräußert werden könnten, denn er sei schon von verschiedenen Interessenten angesprochen worden. Auch halte er die von der Verwaltung in der nicht öffentlichen Vorlage angesetzten Richtwerte für angemessen. Aus diesem Grunde beantragt Herr Niehues für die CDU-Fraktion, als Verkaufserlös für diese vier Gebäude 1,4 Mio. € für das Jahr 2007 und 500.000,00 € für das Jahr 2008 zu veranschlagen.

Herr Hötter gibt zu bedenken, dass einige Gebäude erst Ende 2007 freigesetzt würden. Insofern sei es unrealistisch, die Einnahmen noch für dieses Jahr zu veranschlagen. Der Verwaltung lägen noch keine vermarktungsfähigen Unterlagen vor, sodass ein genauer Kaufpreis bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht hätte ermittelt werden können, um damit in die Werbung zu gehen.

Herr Wilp erinnert daran, dass die Verwaltung bereits im Mai letzten Jahres den Auftrag erhalten hätte, den Verkauf der Immobilien vorzubereiten. Wenn die Verwaltung diesen Auftrag ernsthaft verfolgt hätte, hätten heute die erforderlichen Ergebnisse auf dem Tisch liegen können.

Herr Dr. Janning weist diesen Vorwurf energisch zurück, denn es handele sich bei diesen Immobilien aufgrund vieler zu beachtender Besonderheiten nicht um einfache Grundstücksgeschäfte, die soeben nebenbei abgewickelt werden könnten. Der Rat müsse sich künftig schon daran gewöhnen, dass mit einem reduzierten Personalbestand nicht alles gleichzeitig erledigt werden könne, denn die Mitarbeiter des Fachbereiches 8 hätten sich nicht ausschließlich mit diesen vier Objekten beschäftigen können.

Herr Thum hält den Antrag von Herrn Niehues für reine Haushaltskosmetik, wobei er ihn schon unterstützen wolle, dass die Immobilien so schnell wie möglich veräußert werden sollten. Jedoch sei der von Herrn Niehues vorgegebene Zeitrahmen seines Erachtens nicht einzuhalten.

Ferner bezieht Herr Thum sich auf das Budget des Fachbereiches 5, in dem für die Turnhalle an der Euregioschule nur Planungskosten, aber keine Umsetzungskosten angesetzt seien. Wenn die Stadt gegenüber dem Bürger und der Schule ehrlich sein wolle, dann müssten für die Jahre 2008 und 2009 jeweils 600.000,00 € im investiven Bereich für diese Turnhalle bereitgestellt werden, was er auch zum Antrag der SPD-Fraktion erhebt.

Herr Ortel signalisiert die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den meisten Punkten der Vorlage. Es bittet aber wegen der Entscheidungen zu den vorhergehenden Tagesordnungspunkten um eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlussvorschläge.

Ferner merkt Herr Ortel aufgrund der Aussage von Herrn Dr. Janning an, dass man der Verwaltung für die Veräußerung der vier städtischen Gebäude die erforderliche Zeit einräumen sollte, um auf der Grundlage gesicherten Entscheidungskriterien die erforderlichen Beschlüsse fassen zu können.

Herr Niehues hält den von Herrn Thum gestellten Antrag für populistisch, denn man könne erst Kosten für den Bau der Halle ansetzen, wenn man die Planung kenne. Bei den Planungskosten stehe die Stadt im Wort, weil der Schulentwicklungsplan den Bedarf der Halle bestätigt habe. Auch sei im letzten Jahr vereinbart worden, dass zunächst die Turnhalle an der Franziskusschule abgewickelt werden sollte, bevor Baukosten für die Halle an der Gesamtschule veranschlagt würden. Wenn die SPD-Fraktion den Antrag aufrechterhalte, werde die CDU-Fraktion diesen aus den v. g. Gründen ablehnen müssen.

Zu den Veräußerungsabsichten der vier städtischen Gebäude gibt Herr Niehues nochmals zu bedenken, dass die Bücherei im Oktober 2007 umziehen werde und die VHS spätestens bis Dezember d. J. Die Jugendherberge sei schon freigezogen, sodass die Vorgabe, die Verträge bis Jahresende abzuschließen, schon realistisch sei.

Herr Schröer kommt zurück auf die Turnhalle an der Euregio Gesamtschule und erklärt, dass die Verwaltung schon ein Jahr benötige, um die Planung hierfür zu erstellen, zumal auch die Standortfrage noch nicht eindeutig geklärt sei. Aus die-

sem Grunde plädiert er dafür, noch keine Investitionskosten im Haushalt aufzunehmen.

Auch Frau Ehrenberg unterstützt diese Aussage und merkt an, dass die von Herrn Thum für die Jahre 2008 und 2009 jeweils beantragten 600.000,00 € für die Halle nicht ausreichen würden. Auch sie appelliert dafür, die Planung abzuwarten und im nächsten Jahr realistische Ansätze zu beschließen.

Herr Hemelt erläutert, dass die SPD-Fraktion mit den Ansätzen für die Turnhalle an der Euregio Gesamtschule in der mittelfristigen Finanzplanung sicherlich ein Zeichen nach außen setzen wolle. Im Übrigen stünden die Mittel auch im Hinblick auf die Schulpauschale zur Verfügung. Auch bei anderen Maßnahmen sei so verfahren worden. Z. B. wisse man, dass es seitens des Landes keinen Förderbescheid für die Grüterschule geben werde. Trotzdem seien Haushaltsmittel in der mittelfristigen Finanzplanung angesetzt worden. Gleiches gelte für zwei weitere Hauptschulen.

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass die Bürgermeisterin den Antrag auf Einrichtung einer gebundenen Ganztagsschule für die beiden Hauptschulen bei der Bezirksregierung für das Jahr 2007 erneuert habe. Gleiches gelte auch für die Grüterschule. Vielleicht hätten die Anträge ja doch noch Aussicht auf Erfolg. Fest stehe jedenfalls, dass das Verfahren bei den Schulen nicht einmal ansatzweise mit dem für die Turnhalle an der Gesamtschule zu tun habe. Vielmehr müsse für die gebundenen Ganztagsschulen der Eigenanteil der Stadt im Haushalt ausgewiesen sein, um eine Förderung des Landes zu erhalten.

Herr Thum macht nochmals deutlich, dass die SPD-Fraktion die beiden Ansätze aus der Schulpauschale festgeschrieben haben möchte, um damit auch gegenüber der Schule deutlich zu machen, dass nicht nur geplant, sondern auch gebaut werden solle. Aus diesem Grunde bleibe er bei dem soeben vorgetragenen Antrag.

Herr Holtel stellt klar, dass bei der Förderschule und den beiden Hauptschulen die Stadt einen Eigenanteil erbringen müsse, um überhaupt Fördergelder des Landes zu erhalten. Bei der Schulpauschale sehe es anders aus, denn wenn diese vom Land bereitgestellt werde, könne die Stadt im Rahmen der Zweckbindung selbst entscheiden, für welches Projekt diese ausgegeben werde. Wenn die Gelder freigegeben würden, stünde sicherlich nichts im Wege, die erforderlichen Mittel hieraus für die Zweifachsporthalle der Gesamtschule einzusetzen. Wenn allerdings der Bewilligungsbescheid für eine der Schulen vom Land erteilt werde, müsse die Stadt ihren Eigenanteil für diese Maßnahme auch erbringen. Solange die Chance bestehe, Fördergelder hierfür zu bekommen, sollte auch der Haushaltsansatz bestehen bleiben.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etat-Beratungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 der Vorlage zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer I enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den von der Verwaltung vorgeschlagenen nachträglichen Budgetveränderungen gemäß Anlage 3 der Vorlage auf der Basis der in der Begründung unter Ziffer II enthaltenen Erläuterungen und unter Berücksichtigung der heute bisher beschlossenen Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltungen

- 2 a) Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der SPD-Fraktion, für die Jahre 2008 und 2009 jeweils 600.000,00 € für den Bau einer Turnhalle an die Euregio Gesamtschule bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

- 2 b) Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion für drei im Zusammenhang mit dem Umzug der Stadtbücherei zu veräußernde Objekte 1,4 Mio. € im Jahr 2007 und für ein zu veräußerndes Objekt 500.000,00 € im Jahr 2008 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
5 Stimmenthaltungen

3. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der heutigen Sitzung gefassten Beschlüsse in den Haushaltsplan einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Gesamtstellenplan 2007 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen
Vorlage: 098/07

II/B/3390

Herr Niehues erklärt, dass die CDU-Fraktion mit dem Beschlussvorschlag einverstanden sei und stellt klar, dass die festgeschriebenen Personalkosten in Höhe von 33,8 Mio. € zunächst nur für das Jahr 2007 gelten würden. Für die kommenden Jahre müsse man die Auswirkungen der Altersteilzeit und auch die aus den soeben getroffenen Entscheidungen nochmals abwarten. Fest stehe allerdings, dass man mit dem jetzt zur Beschlussfassung anstehenden Stellenplan einschließlich der Ergänzungen unter den Ansätzen des letzten Jahres liege. Damit hätten Rat und Verwaltung ein wichtiges Zeichen nach außen gesetzt.

Auch Herr Thum erklärt das Einverständnis der SPD-Fraktion zum Stellenplan und möchte wissen, ob das Personalkostenbudget in Höhe von 33,8 Mio. € ausreichend sei, wenn in diesem Jahr Stellen extern besetzt würden.

Herr Hermeling antwortet, dass im beschränkten Umfange Haushaltsmittel für externe Stellenbesetzungen im Budget auf den Einzelfall bezogen berücksichtigt worden seien.

Herr Holtel weist darauf hin, dass Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall nur noch für 6 Wochen erfolgen würden und fragt an, ob die Verwaltung diese Änderung bei der Festsetzung des Personalbudgets schon berücksichtigt habe.

Herr Hermeling antwortet, dass die Verwaltung dem schon Rechnung getragen habe. Bereits bei der Eckdatenfestsetzung sei seitens der Verwaltung darauf hingewiesen worden, dass diese Beträge so exakt wie möglich kalkuliert worden seien.

Herr Thum merkt an, dass im Stellenplan 3 B-3-Stellen enthalten seien. Seines Erachtens müsse die B-3-Stelle von Herrn Dr. Kratzsch in eine B-2-Stelle für Herrn Kuhlmann geändert werden.

Herr Hermeling sagt diese Änderung bis zur Ratssitzung zu.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage 1 – 4 beigefügten Stellenplan für das Jahr 2007 unter Berücksichtigung der Änderung einer B 3- in eine B 2-Stelle zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

III/A/0400

Es liegen keine Eingaben vor.

17. Anfragen und Anregungen

17.1 Pressebericht „Von der Hinterbank ins www.“

III/A/0415

Herr Ortel bezieht sich auf einen nach der letzten Ratssitzung erschienenen Pressebericht mit dem Titel „Von der Hinterbank ins www.“. Er fühle sich zwar durch diesen Bericht nicht angesprochen, möchte aber dennoch rechtlich geprüft haben, ob es zulässig sei, selbst in öffentlichen Sitzungen mit derart scharfinsigen Objektiven Fotos zu erstellen und diese anschließend zu veröffentlichen.

Er gibt zu bedenken, dass Ratsmitglieder auch in öffentlicher Sitzung durchaus in die Situation kämen, über das Internet in nicht öffentlichen Unterlagen zu recherchieren.

Er bittet die Verwaltung, nach Prüfung dieser Anfrage mit den Medienvertretern über die Verwendung von derartigen Fotos zu sprechen.

Herr Bögge ergänzt, dass der Redakteur der Münsterländischen Volkszeitung, Herr Wellmann, nicht über die einfache technische Finesse einer Startseite für das Internet informiert gewesen sei. Auch wenn die Fotos anonymisiert worden seien, würden sie im Zusammenhang mit der Überschrift und dem nicht vorhandenen Sachverstand des Redakteurs ein extrem ungünstiges Bild auf die Ratsvertreter werfen. Daher sollte die Verwaltung in dem anvisierten Gespräch mit der Münsterländischen Volkszeitung deutliche Worte finden.

17.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Nichtraucherschutz im Rathaus

III/A/0775

Herr Bögge bittet in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um einen Sachstandsbericht zum Antrag der CDU-Fraktion auf Nichtraucherschutz im Rathaus.

17.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Erlass einer Beflaggungsordnung

III/A/0775

Herr Bögge bittet in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um einen Sachstandsbericht zum Antrag der CDU-Fraktion auf Erlass einer Beflaggungsordnung.

17.4 Einrichtung von Familienzentren

III/A/0840

Herr Hemelt bezieht sich auf Medienberichte der letzten Woche, aus denen zu entnehmen gewesen sei, dass sich bei der Einrichtung von Familienzentren beim Land etwas bewege.

Daher bittet er die Verwaltung zu klären, bis wann der Antonius-Kindergarten damit rechnen könne, ob und wann er das Gütesiegel erhalte und nach welchen Grundsätzen dieses erfolgen könne.

In Anbetracht dessen, dass nun auch der Erlass hinsichtlich der weiteren Modellphase veröffentlicht worden sei, bittet er die Verwaltung ferner zu klären, wie sich der Prozess zur Zusammenarbeit mit den Tageseinrichtungen für Kinder und dem Jugendhilfeausschuss vollziehen solle.

Frau Ehrenberg verweist hierzu auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Herr Wilp weist ergänzend darauf hin, dass das Jugendamt noch bis zum 29. Juni 2007 ausreichend Zeit habe, um die erforderlichen Unterlagen beim Land einzureichen.

Ende des öffentlichen Teils: 20:20 Uhr

Marianne Helmes
1. stellv. Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer